

Wien, am Freitag, den 29. Juli 1927. (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 29. Juli 1927.

Anschliessend an die Landtagsitzung hielt der Gemeinderat eine Sitzung ab, die Bürgermeister Saif um halb 8 Uhr abends eröffnete.

Eine Reihe von Geschäftsstücken werden ohne Debatte genehmigt.

St. R. Kokrda beantragt dann, dem Sportklub Burgtheater einen Betrag von 33.000 Schilling zur Verfügung zu stellen. Dieser Sportklub hatte einen fünfjährigen Bestandsvertrag für einen Teil des Kongressplatzes. Er hat dort grössere Erdarbeiten bereits durchführen lassen. Als die Gemeinde den Platz für die Errichtung der Sport- und Badeanlage benötigte, trat der Sportklub Burgtheater von dem Bestandsvertrag zurück. Es soll ihm nun die Auslagen für die Erdarbeiten vergütet werden. Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

St. R. Speiser berichtet dann über die Aenderung der Arbeitsverträge der städtischen Strassenbahnbediensteten. Er verweist darauf, dass die Strassenbahner seit längerer Zeit keine Lohnerhöhungen erhalten haben. Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Freien Gewerkschaftsverband und den Vertretungsmännern des Personals ist jetzt ein Uebereinkommen über eine Lohnregelung erfolgt. Eine Urlaubs- und eine Weihnachtsremuneration im Ausmass von je einem halben Monatsbezug hat der Gemeinderat bereits vor kurzer Zeit bewilligt. Die neue Vorlage enthält eine allgemeine Lohnaufbesserung von fünfzehn Schilling monatlich. Die Frauen erhalten zehn Schilling monatlich und die Laufburschen fünf Schilling. Für die Funktionäre erfolgt eine Zusammenlegung vom Gehalt und Verwendungszulage, wodurch eine Verbesserung

Die Lohnerhöhungen treten am 1. Oktober in Kraft. der Ruhegenüsse der Funktionäre eintritt. Die jährliche Mehrbelastung die sich aus dieser Lohnregulierung ergibt, beträgt 6.575.655 Schilling. Dieser Betrag ist nicht gedeckt. Da auch sonst die Strassenbahnen einen Abgang zu verzeichnen haben, wird sich die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung ergeben. Es werden in den nächsten Monaten die Verkehrsverhältnisse genau beobachtet werden; es wird auch getrachtet werden, weitere Ersparungen im Betrieb zu machen, um die Fahrpreiserhöhung möglichst geringfügig zu gestalten. Die Anträge bezüglich der Fahrpreiserhöhung werden eventuell im Herbst dem Gemeinderat vorgelegt werden.

G. R. Haider (E. L.) bemängelt, dass Lohn erhöhungen, die bereits am 1. Jänner d. J. in Kraft getreten sind, noch nicht dem Gemeinderat vorgelegt, sondern auf Grund des Paragraph 96 verfügt wurde. Auch diese neue Strassenbahnvorlage trägt der alten Forderung des grössten Teils der Strassenbahnbediensteten nach Einführung des Schemas nicht Rechnung. Es ist höchste Zeit, dass endlich einmal der berechtigten Forderung nach der Einführung des Schemas Rechnung getragen werde. Der Redner kritisiert weiter, dass die Minoritätsgewerkschaft der Strassenbahner nicht zu den Lohnverhandlungen beigezogen wurde. Von 7000 Mann des Fahrpersonales sind fast 2000 in der Gewerkschaft der christlichen Eisenbahnbediensteten organisiert. Wir müssen daher auch fordern, dass die Minoritätsgewerkschaft gehört werde. Stadtrat Speiser hat erklärt, dass über die Zuwendung der Leistungsprämien eine paritätische Kommission entscheiden wird. Er hat aber nicht gesagt, wie diese paritätische Kommission zusammengesetzt sein wird. Wenn in ihr auch nicht die christliche Gewerkschaft vertreten sein wird, so wird sie nicht eine paritätische genannt werden können. Mit Rücksicht auf die gemachten Erfahrungen, dass Leistungsprämien vor allem verdienstlose G. nossen bekommen, muss gefordert werden, dass dieser paritätische

Kommission auch die Minoritätsgewerkschaft angehören muss. Bezüglich der Entlohnung der Laufburschen, erklärt Gemeinderat Haider, dass die Entlohnung der Laufburschen im neuen Vertrag eine Verschlechterung erfahren habe. Im alten Vertrag hatten die Laufburschen bis zu 16 Jahren 86 Schilling und bis zum vollendeten 18. Jahr 93 Schilling. Jetzt erhalten Sie im ersten Dienstjahr 70 Schilling, im zweiten 75 usw. Das ist eine Verschlechterung. Die sozialdemokratische Verwaltung scheut sich nicht, die soziale Lage dieser Laufburschen zu verschlechtern. Ihre Sache wird es daher sein, diese unsoziale Tat zu verantworten. Gemeinderat Haider kritisiert weiter, noch die unterschiedliche Behandlung der weiblichen Angestellten, die schlechter entlohnt werden wie die männlichen. Sie versprechen immer, die weiblichen Bediensteten bei gleicher Dienstleistung genau so zu behandeln wie die männlichen Bediensteten. Die Vorlage aber beweist, dass

Ihr Versprechen nur eine platonische Agitation ist. Ein grosses Unrecht, eine Erfindung der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung ist es auch, dass die Strassenbahnbediensteten mit 25 Dienstjahren ihr Höchstgehalt erreicht haben. Wenn ein Bediensteter 5 Jahre, zehn Jahre länger Dienst macht, er bleibt bei dem Gehalt stehen, den er mit der 25jährigen Dienstzeit erreicht hat. Der Redner protestiert sodann gegen verschiedene Massregelungen, die christliche Strassenbahner anlässlich der letzten Vorkommnisse erfahren haben. Aus rein politischem Gefühl haben Sie in der mutwilligsten Weise Lärm gelegt. Dabei ist es zu Plänkeleien zwischen den Strassenbahnern dieser oder jener Anschauung gekommen, eine selbstverständliche Erscheinung. Unerhört ist es aber, dass Strassenbahner ausser Dienst gestellt wurden, gemassregelt wurden, weil sie von dem Recht der freien Meinungsäusserung Gebrauch gemacht haben. Ein Wort, unüberlegt ausgesprochen, hat genügt, um vom Dienst suspendiert zu werden. Dagegen müssen wir einen flammenden Protest erheben und wir müssen dringendst verlangen, dass diese Massregelungen zurückgenommen werden. (Beifall bei der Minderheit).

G. R. Lehninger (E. L.) erklärt, dass jede Regulierung der Entlohnung der Strassenbahnbediensteten bei der Gemeindeverwaltung eine Belastung der Bevölkerung bedeutet. Der Kollektivvertrag stammt aus dem Jahr 1922 und bis heute wird an ihm herumgeflickt. Alle die vielen Änderungen haben nie die Zufriedenheit der Strassenbahner erringen können. Die Forderung, die Strassenbahner Wiens zu schematisieren, ist eine unerlässliche. Die Einteilung in Bezugsgruppen wird die Funktionäre nicht befriedigen. Sie geben jetzt den Strassenbahnern weniger als ihnen die frühere Mehrheit gegeben hat. Das Quartiergeld der Strassenbahner beträgt jetzt bei einer Dienstzeit bis zu einem Jahr drei Groschen monatlich, bei einer Dienstzeit bis zu zehn Jahren fünf Groschen und bei einer Dienstzeit über zehn Jahre sechs Groschen. Früher ist den Strassenbahnern vom Quartiergeld noch etwas übriggeblieben. Jetzt aber haben Sie in den Personalthäusern der Strassenbahnen zu dem Quartiergeld dazu, das ein Lohn ist, noch die Zinse hinaufgeschraubt.

Interessant ist auch die Lohnregulierung für die Laufburschen bei der Strassenbahn. Sie sollen bis zum 16. Lebensjahr statt wie bisher 81 Schilling 86 und bis zum 18. Lebensjahr statt 88 nunmehr 93 Schilling monatlich bekommen. Das gilt aber nur für die schon jetzt Beschäftigten. Die am 1. Oktober aufgenommen werden, erhalten im ersten Dienstjahr 70, im zweiten 78, im dritten 80 und im vierten Dienstjahr 90 Schilling monatlich. Hier tritt also eine Verschlechterung ein.

Wie es mit der Tarifierhöhung aussieht wissen wir heute noch nicht. Wir werden ja sehen, wie hoch Sie die Fahrgäste belasten und was die Bediensteten erhalten. Nach wie vor verlangen wir die 90prozentige Pension wie bei den Bundesbahnen, ein Quartiergeld das den Verhältnissen angemessen ist, eine entsprechende Erhöhung des Grundlohnes und die Beseitigung des unerhörten Mittels der Doppelkuren (Beifall bei der Minder-

St. R. Speiser entgegnet, dass die neuerliche Zulage von fünfzehn Schilling monatlich für jeden Strassenbahner, wenn auch nicht sehr gross, so doch ein begrüssenswerter Fortschritt ist. Die unterschiedliche Behandlung von Frauen und Männern erklärt sich dadurch, dass dort kein einziger weiblicher Bediensteter ist, der dieselbe Arbeit verrichtet, wie die männlichen Bediensteten. Es werden also nicht Männer und Frauen verschieden entlohnt, sondern verschiedene Arbeiterkategorien. Die Vorlage will einheitliche Besoldungsverhältnisse in den städtischen Unternehmungen schaffen. Deshalb wurde auch die neue Regelung der Bezüge der Laufburschen, die es auch in einem anderen städtischen Werk gibt, durchgeführt. Die Forderung der Minderheit nach Einreihung der Strassenbahner in das Schema zwingt mich, die Bezüge zu vergleichen. Der Schematist bekommt bei der Gemeinde in der niedrigsten Gruppe einen Anfangsbezug von monatlich 170 Schilling, während der nach dem Kollektivvertrag entlohnte Strassenbahner mit einem Bezug von 229 Schilling monatlich beginnt. Darin liegt ja auch der Grund, warum der Strassenbahner nach 25 Dienstjahren nicht mehr vorrückt. Er beginnt eben mit viel höheren Bezügen als der Schematist.

Zwischen der Lohnerhöhung und einer Tarifierhöhung besteht bei der Strassenbahn ein Zusammenhang und ich betone in offener Gemeinderatssitzung, dass bei der Strassenbahn schon von früher ein Abgang vorhanden ist, der bedeckt werden muss. Die Gemeindeverwaltung wird alle Kraft anwenden, um die Tarifierhöhung so gering als nur möglich zu gestalten.

Die Vorlage wird angenommen.

St. R. Speiser berichtet über eine Aenderung des Arbeitsvertrages mit den Bediensteten der städtischen Gaswerke. Die Löhne werden den Bezügen der Strassenbahner angeglichen, wodurch sich eine Erhöhung um 15 $\frac{1}{2}$ bis 22 $\frac{1}{4}$ Prozent ergibt. Besonders hervorzuheben ist die Umgestaltung des Werkes auf die 48 Stunden Woche. Die Kosten der Lohnerhöhungen betragen 1,420,000 Schilling jährlich.

G. R. Untermüller (E. L.) befragt zunächst, dass der alte Kollektivvertrag nicht allen Mitgliedern des Gemeinderates zur Einsicht zugestellt wurde. Er beanstandet sodann die Kündigungen von Saisonarbeitern, wenn sie beinahe den Anspruch auf den Urlaub erreicht haben. Sonderbar ist es, dass der Vertrag auf fast zwei Jahre unkündbar abgeschlossen wurde. Der Vertrag setzt sich auch über das Aachtsundengesetz hinweg. Entweder habe sich die Gemeindeverwaltung darüber hinweggesetzt oder der Verband der chemischen Industrie oder beide. Er kritisiert weiters, dass neun Arbeiter nur im Wege der Arbeitsvermittlung des Verbandes der chemischen Industrie beim Gaswerk eingestellt werden können. Das bedeutet, dass nur sozialdemokratische Arbeiter aufgenommen werden. Wohin das führt, hat der Fall Ratzenberger gezeigt. Da wurde im Gerichtssaal festgestellt, dass die Direktion und der Stadtrat gewusst haben, dass Ratzenberger ein Gauner grössten Formate ist. Ratzenberger war von jedem Dienst befreit, ja ein Zeuge erklärte, dass Ratzenberger gesagt habe, er sei so viel wie der Chef in der Direktion. Der Verband, der die Arbeitsvermittlung beherrscht, habe sich bemüht, den Fall Ratzenberger zu vertuschen. Der Redner stellt der Überschreitung schliesslich bezüglich der Entlohnung/der achtstündigen Arbeitszeit einen Zusatzantrag und beantragt weiters die Streichung der Bestimmung im Kollektivvertrag, wonach nur durch die Arbeitsvermittlung des Verbandes der chemischen Industrie beim Gaswerk Arbeiter aufgenommen werden können. In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Speiser, dass alle Werke, die eben eine Saison haben, auch Saisonarbeiter brauchen. Die jungen Saisonarbeiter werden zunächst erprobt und dann nach einmaliger oder zweimaliger Saisonarbeit als ständige Arbeiter übernommen. Entsprechend den Vorschriften können Arbeiter, die über 40 Jahre alt sind, nicht dauernd beschäftigt werden. dass der Kollektivvertrag auf zwei Jahre abgeschlossen werden konnte,

zweiter Bogen.

ist ein bedeutendes. Stadtrat Speiser stellte sodann ausdrücklich fest, dass sowohl die Gemeindeverwaltung als auch die Direktion der städtischen Gaswerke von den Manipulationen Ratzenbergers nicht das geringste gewusst haben. Die Aeusserung des Gemeinderates Untermüller, Ratzenberger soll der Vizedirektor gewesen sein, muss unbedingt zurückgewiesen werden. Es ist nur zu bedauern, wenn gewerkschaftliche Mandatäre das in sie gesetzte Vertrauen missbrauchen. Das ist aber schon überall vorgekommen und ich will mich in eine Erörterung der Fälle, bei denen die Kassen nicht gestimmt haben, nicht einlassen. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Vorlage wird sodann angenommen, der Streichungsantrag des Gemeinderates Untermüller abgelehnt und dessen Zusatzantrag der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen.

Der Gemeinderat tritt nun in die Verhandlungen über die Aufstellung der Gemeindevache ein. Als der Berichterstatter Stadtrat Richter die Referententribüne betritt, entsteht auf den Bänken der Mitglieder der Einheitsliste eine grosse Erregung. Einzelne Mitglieder der Minderheit springen erregt von ihren Sitzen auf und rufen dem Referenten zu: Sie referieren über diese Schande wirklich? Sie haben kein Schamgefühl! Ein Skandal ist es, über die rote Garde zu referieren. Der Lärm dauert unvermindert an und nur für die Stenographen verständlich erstattet Stadtrat Richter das Referat. Die Vache hat den Namen Gemeindevache zu führen. Sie ist ein Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes. Mit Wirksamkeit vom 1. September wird ihr Stand auf tausend Mann herabgesetzt. Sie hat den erforderlichen Ordnung und Wachdienst in den städtischen Ämtern, Betrieben und Unternehmungen zu besorgen, insbesondere in den Gartenanlagen, Friedhöfen, Markthallen, Märkten und Schlachthäusern, dann auf den städtischen Bänken, auf den städtischen Grundstücken und in den städtischen Forsten. Ferner kann sie zu Erhebungsdiensten und zur Ueberwachung der Einhaltung landesgesetzlicher Vorschriften, die nach dem 1. Oktober 1925 erlassen wurden oder werden, verwendet werden. Als Kosten werden im Voranschlag für das Jahr 1927 1,900,000 Schilling bestimmt.

Während die Sozialdemokraten nach Beendigung des Referates mit einem stürmischen Beifall einsetzen, überschütten die Mitglieder der Parteien der Einheitsliste den Berichterstatter ununterbrochen mit Zwischenrufen. G. R. Frayer (E. L.) ruft ununterbrochen: Verbrecher seid Ihr! Die Geschichte wird über Euch urteilen! Er zieht ein Pfeifferröhrchen aus der Tasche und beginnt damit zu lärmern. Viele Gemeinderäte schlagen mit den Taschen und mit Büchern auf die Palte. Als nach einigen Minuten Ruhe eingetreten ist, will Stadtrat Kunschak sprechen. Plötzlich ruft Gemeinderat Merbaum: Eine Verbrecherbande! Der Vorsitzende, Gemeinderat Weigl, ruft ihn wegen dieses Zwischenrufes zur Ordnung was neuerliche Lärmereien bei der Minderheit hervorruft. Es spricht dann Gemeinderat Kunschak, der ausführt:

Es sind 14 Tage her, seit dem sich in Wien furchtbare Ereignisse abgespielt haben, die sicherlich heute noch in jedem einzelnen Bürger dieses Stadtknechtens Innerhalb dieser Zeit haben sich überall Bemühungen gezeigt, die weitere Entwicklung in jene Bahnen zu lenken, die geeignet sind zunächst die Erinnerungen an die furchtbaren Geschehnisse auszutilgen und eine Wiederholung hintanzuhalten. Der Gemeinderat hat in der vergangenen Woche allerdings in einer sehr merkwürdigen Form diese Ereignisse behandelt. Der Herr Bürgermeister hat es nicht der Mühe wert gefunden, wie sonst bei viel geringfügigeren Anlässen, dem Gemeinderat einen Bericht zu unterbreiten. Man hat sich darauf beschränken müssen, die Angelegenheit im Wege von Dringlichkeitsanträgen zu behandeln, was infolge der Beschränkung der Redezeit auf zwanzig Minuten sehr unwürdig war. Dem Gemeinderat ist der Nationalrat gefolgt, wo sich allerdings das Bild wesentlich anders gestaltet hat. Der Herr Bundeskanzler hat, was auch die Pflicht des Bürgermeisters gewesen wäre, dem Hause einen Bericht vorgelegt und man hat

darüber zwei Tage gesprochen.

Dritter Bogen.

Heute sind wir im Gemeinderat und müssen uns abermals mit diesen Vorgängen beschäftigen. Aber nicht, um über diese Vorgänge eine Meinung abzugeben, nicht um über die Verhinderung eines Rückfalles zu beraten, sondern um in die noch offene Wunde einen vergiftenden Pfeil zu geben. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit)

Es ist nichts anderes als eine schwere Wunde aufzureissen und darin unterfallenen Umständen herumzuwühlen. (Neuerlicher Beifall). Das heutige Referat ist nicht nur ein schreiender Widerspruch zu dem, was die letzten Tage gezeigt haben, sondern eine Widersetzung, eine Auflehnung gegen alle Bestrebungen, die sich in den letzten Tagen überall gezeigt haben.

Es ist nicht allein das niedrigste und verächtlichste, das man sich denken kann, in den Wunden herumzuwühlen, es ist auch ein Verbrechen am Staat.

Man fragt sich, warum das alles? Ich habe schon in der letzten Sitzung des Gemeinderates auf das widerspruchsvolle der Entscheidung des Bürgermeisters verwiesen. Als er am 17. Juli seinen Anschlag der Bevölkerung übergeben hat, da stand er noch unter dem Eindruck der furchtbaren Ereignisse der Stunde, sein Handeln noch unter der Psychose dieser Vorkommnisse. Aber der Bürgermeister hat damals noch so viel Besonnenheit aufgebracht, dass er die Gemeindefürsorge nur für die Tage der Gefahr und nur zu dem Zweck aufgestellt hat, damit weiteres Blutvergiessen vermieden werde. So steht es ausdrücklich in der Kundmachung.

G.R. Rummelhardt: Das kann nicht vergessen werden Herr Bürgermeister!

St.R. Kunschak: Man sind wir fast vierzehn Tage hinter der Kundmachung des Bürgermeisters und jetzt wo die Ruhe wiedergekehrt ist, wo es Tage der Gefahr nicht gibt, wo dem Blutvergiessen längst ein Ende bereitet ist, wird dann im Zustand ruhiger, nüchterner Ueberlegung ein Beschluss gefasst, der das, was für die Tage der Gefahr und nur zu dem Zwecke, dem Blutvergiessen ein Ende zu setzen, geschehen ist, zu einer ständigen Einrichtung macht.

G.R. Merbaul (E.L.): Ein wortbrüchiger Bürgermeister!

Vorsitzender Weigl: Ich rufe den Herrn Gemeinderat Merbaul zum zweitenmal zur Ordnung.

St.R. Kunschak: Die Kundmachung des Bürgermeisters, die übrigens einen sehr wesentlichen Formfehler aufweist, sie ist nämlich gar nicht datiert (Weiterkeit bei der Minderheit) sagt ausdrücklich, dass die Gemeindefürsorge die Einrichtungen der Gemeinde zu schützen hat. Auch da ist nun von den Tagen der Gefahr die Rede. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung das Verhalten des Bürgermeisters in den Tagen der Unruhe gebilligt. Stadtrat Breitner hat vor den versammelten Vertretern der in- und ausländischen Presse festgestellt, dass schon am Samstag, den 16. Juli wieder Ruhe in Wien herrsche, und der Bürgermeister hat den Redakteuren einen Bericht übergeben, in dem festgestellt wird, dass Wien bereits wieder die Stadt der Arbeit, der Freiheit und des Friedens ist. Es gibt für ein normal denkendes Gehirn, dass gepaart ist mit einem normal funktionierenden Charakter gar nichts anderes als die Auffassung, dass die Gemeindefürsorge überflüssig geworden ist. Sie wollen das nicht tun, sondern diese Wache zu einer ständigen Einrichtung des Gemeindedienstes zu machen. Damit desavouieren Sie den Bürgermeister. Was Sie am Freitag gebilligt haben, das haben Sie heute widerrufen. Sie bringen den Bürgermeister in aller Öffentlichkeit in den Verdacht sein Wort nicht halten zu wollen. (Beifall bei der Minderheit). In seiner Kundmachung hat der Bürgermeister von der ganzen Bevölkerung volles Vertrauen verlangt und jetzt wollen Sie auch dieses Vertrauen heischen. Jetzt, wo die Bevölkerung sieht, dass das in der Stunde höchster Gefahr vom Bürgermeister gegebene Versprechen nicht eingehalten wird. (Beifall).

Es ist hier das Wort Wortbruch gefallen. Es wurde persönlich

gegenüber dem Bürgermeister ausgesprochen. Ich kann diesen Standpunkt nicht akzeptieren, denn jetzt redet nicht der Bürgermeister, sondern der Gemeinderat. Aber dieser Gemeinderat bringt den Bürgermeister in die Lage sein Wort nicht einlösen zu können. Will der Gemeinderat den Bürgermeister bloßstellen, dann hat der Bürgermeister daraus die Konsequenzen zu ziehen. (Starker Beifall bei der Minderheit). Tut dies der Bürgermeister nicht,

dann ist der Wortbruch, den der Gemeinderat jetzt auf sich nimmt, ein persönlicher Wortbruch des Bürgermeisters. (Neuerlicher Beifall). Wir müssen daher den Gemeinderat dringendst ersuchen, den heute vorliegenden Antrag abzulehnen und damit der unhaltbaren Situation in der Gemeindeverwaltung ein Ende zu bereiten. Der Gemeinderat darf seinen Bürgermeister nicht hindern ein vor der ganzen Welt gegebenes Versprechen einzulösen.

Es wäre denn, dass der Gemeinderat unter dem Druck irgend welcher radikalen Bestrebungen zu der Erkenntnis gekommen ist, dieser Bürgermeister sei ein Schwächling und der Gemeinderat will ihn von seinem Posten entfernen. Das hätte aber der Referent gleich heraussagen müssen und dann ist eine klare Sachlage geschaffen. (Beifall).

Dem Antrag fehlt auch die gesetzmässige Unterlage, er ist nichts anderes als ein brutaler Missbrauch der Macht, die Sie im Gemeinderat besitzen. Fragen wir uns, was diese Gemeindefürsorge für Aufgaben zu erfüllen hat. Sie soll den Wachdienst in den städtischen Aemtern, Betrieben und Anlagen versehen. Aber für diesen Dienst gibt es schon einen eigenen Status. Er wird nur auf den Friedhöfen vernachlässigt, wo Sie den Schutzdienst abgebaut haben und die Friedhöfe Plündererhorden schutzlos überantwortet. Bei der Vorlage handelt es sich noch um etwas anderes. Die Gemeindefürsorge wird mit Gummiknütteln und Revolvern bewaffnet. Es wird aber weiters gesagt, dass ausserdem im Bedarfsfalle auch städtische Angestellte nach entsprechender Ausbildung in die Wache eingestellt werden können. Die Gemeinde Wien hat 35.000 Angestellte. Jetzt werden alle 35.000 ausgebildet werden; so weit Sie Ihre Zustimmung geben, werden sie zum entsprechenden Zeitpunkt einberufen werden. Sie werden sie im Waffengebrauch ausbilden, das heisst, Sie müssen ihnen auch Waffen geben. Das wieder heisst, Sie wollen mit der Aufstellung der Gemeindefürsorge ein Korps von 35.000 bewaffneten Menschen aufstellen. Glauben Sie, dass das geeignet sei, eine Beruhigung hervorzurufen? Wer sich rüstet, rüstet für den Krieg. Nach dem das keine Rüstung für einen Krieg mit Mussolini sein kann, kann es nur eine Rüstung für einen Krieg in Wien sein, für den Bürgerkrieg. (Zustimmung bei der Minderheit und Erregung). Der Akt, den Sie jetzt vornehmen wollen, ist ein Akt der schwersten Beunruhigung. Diese Gemeindeverwaltung ist keine, die in allem und jedem nur das sachliche sieht. Jede ihrer Handlungen beweist, dass ihr oberstes Gesetz das Parteiinteresse ist, dass sie keinen Augenblick zögert, die Macht in der Gemeinde in den Dienst des Parteiinteresses zu stellen. Daraus erklärt sich das Gefühl tiefster Beunruhigung und dazu kommt noch, dass ein hervorragender Mandatar Ihrer Partei gesagt hat, dass die Gemeindefürsorge aus den verlässlichsten Elementen des republikanischen Schutzbundes gebildet wurde. Eine Überprüfung des Leumundes ergab, dass 59 Personen wegen des Verbrechens, des Diebstahls, 27 wegen des Verbrechens der Veruntreuung, 20 wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit, eine wegen Verbrechens des Mordes, eine wegen des Verbrechens der Brandlegung, zwei wegen des Verbrechens des Raubes, elf wegen des Verbrechens der schweren körperlichen Schädigung, 63 wegen Uebertretung des Diebstahls, 33 wegen der Uebertretung der Veruntreuung und 107 überhaupt gerichtsordnungsmässig verurteilt wurden. (Erregung bei den Parteien der Einheitsliste und Rufe: Das ist eine ausgewählte Gesellschaft! Der Bürgermeister als Rauberhauptmann! Ausserdem waren in der Gemeindefürsorge 13 Ausländer und 13 Personen, die seit langem von der Polizei gesucht wurden. Es ist mir mitgeteilt worden, dass sie alle die

Vierter Bogen.

se Leute aus der Stadtschutzwache ausgeschieden haben. Ich zweifle nicht daran, wenn es sich aber um eine Frage des Vertrauens handelt, so bleiben diese Zustände nicht ohne Wirkung auf die Bevölkerung und an dieser Tatsache kommen Sie nicht vorbei. Das zeigt auch, mit welcher Leichtfertigkeit die Gemeindeschutzwache aufgestellt wurde. Und gerade die Leichtfertigkeit bei der Aufstellung der Gemeindeschutzwache rechtfertigt das schwerste Misstrauen und die tiefste Erregung, die die Bevölkerung

beherrscht. Das rechtfertigt auch die Tatsache, dass das Gefühl der Angst, die Beunruhigung und der Unsicherheit in Wien nicht verschwindet. Diese Tatsache wird seine Wirkungen aber auch auf andere Kreise ausdehnen, auf Kreise, zu deren Vertrauen wir sicherlich im hohen Mass angewiesen sind. Und was sind die rein mechanischen Wirkungen dieses Beschlusses? Glauben Sie, dass die Tatsache, dass hier tausend Mann und im Bedarfsfall 35.000 Mann mit Waffen ausgerüstet werden, auf die Bevölkerung ohne jede Reaktion bleibt. Das Volk wird dadurch zu dem Gefühl wachgerufen werden: Hilf Dir selbst! Ein solcher Zustand birgt die grösste Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung. Sie müssen sich bei diesem Beschluss dessen bewusst sein, dass sie ein Verbrechen an der Stadt Wien begehen und dass die Geschichte sie später als Verbrecher bezeichnet wird. (Langandauern - der Beifall bei der Minderheit. Dem Redner wird zugerufen: Hoch Kunschak!

Es ergreift nun Bürgermeister Seitz das Wort. Die Opposition macht lebhaftes Zwischenrufen, die minutenlang dauern. Der Bürgermeister sagt: Ich erkläre, dass ich auf die persönlichen Anwürfe selbstverständlich nicht reagieren werde. Das ist eine Privatsache und ich werde sie mit den Herren, die die Zwischenrufe gemacht haben, persönlich austragen.

Man beruft sich immer wieder auf die Kundmachung, die ich in 16. auf den 17. Juli erlassen habe. Sie war notwendig, um das Stadtbild wieder herzustellen. Die grösste Sorge war, dass die Strassenbahn am Sonntag wieder verkehren kann. Wir waren uns bewusst, dass der grösste Teil der Demonstranten, die unsinnige Dinge gemacht haben und deren Vorgehen verurteilt werden muss, den Versuch machen werden, die Ausfahrt der Strassenbahn zu verhindern. Diesen Elementen musste zum Verständnis gebracht werden, dass sie wohl nicht auf den Widerstand der Polizei, dem sie sich vielleicht nicht gebeugt hätten, wohl aber einem anderen energischen Widerstand stossen werden. Diese Notwendigkeit hat dazu geführt, die Wache aufzustellen. Die Strassenbahn ist dann auch wirklich gefahren und dass allein schon viel zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen. Man weist nun auf die Kundmachung hin und fügt dem Text ein kleines, aber vielsagendes Wortchen, nämlich das Wörtchen "nur" für die Tage der Gefahr hinzu. Dadurch bekommt der Text natürlich gleich eine andere Bedeutung.

Als Zweck der Wache wird in der Kundmachung bezeichnet, erstens dem Blutvergiessen ein Ende zu machen, Ruhe und Ordnung in den Strassen wiederherzustellen. Das war eine Vorkehrung zur Abwehr der Gefahr des Tages. Zweitens soll sie die Einrichtungen und Betriebs der Gemeinde schützen. Man kann heute noch nicht sagen, dass die Gefahr endgültig vorüber ist. Ich hätte noch immer nicht den Mut, bei den Auszahlungsmännern der Arbeitslosen, bei den Fürsorgeämtern, in den Markthallen, im Schlachthaus und an anderen Orten Polizei zu verwenden. Dort verwenden wir die auf Grund meiner Verfügung aufgestellte Gemeindeschutzwache. Am dem Tag, an dem die nunmehr nach der Vorlage zu bildende Gemeindewache konstituiert werden wird, werden wir zu entscheiden haben, ob an solchen Orten die gewöhnliche Polizei verwendet werden

soll oder die Gemeindewache. Zum Schutze der städtischen Gebäude und Einrichtungen wird die letztere jedenfalls notwendig sein. Der Gemeinderat wird daher heute die Verfügung, die gemäss Paragraph 96 erlassen worden ist, genehmigen, zugleich aber in Abänderung und Erweiterung ihrer Vorschriften eine Gemeindewache konstituieren, so zwar, dass bei Aufstellung der letzteren die erstere eingestellt werden kann. Juristisch allerdings vollzieht sich dies in der Form eines Ueberganges. Der Schutz städtischer Einrichtungen durch eine eigene Wache ist seit vielen Jahren erwogen worden. Gegen diesen Gedanken hat ^{man} auch niemals einen Vorwurf erhoben, ja sogar der Vizekanzler, der die Geschäfte des Ministeriums des Inneren führt, hat in einer allerdings nicht glücklichen Redewendung die Berechtigung eines solchen Schutzes anerkannt. Es ist auch bekannt, dass schon die Gemeindeschutzwache im Einvernehmen mit den Polizeibehörden aufgestellt wurde und dass die Zustimmung der Polizei auch äusserlich durch einen zwar praktisch nicht sehr wirksamen, wohl aber symbolischen Akt zum Ausdruck gebracht worden ist, nämlich durch die Uebergabe von Waffen der Polizei an die Gemeindeschutzwache. Es wird also auch dort keine Einwendung erhoben werden

Es wurde gegen mich auch der Vorwurf erhoben, dass ich die Beistellung von Militär^{assistenz}/verweigert hätte. Richtig ist, dass die Polizei die Assistenz des Militärs angesprochen hat. Sie hat das nicht mit der Genehmigung des Landeshauptmannes getan, sondern gegen nachträgliche Verständigung. Sie war also durch den Landeshauptmann in gar keiner Weise an der Inanspruchnahme von Militär gehindert. Ich habe nach der Verfassung auch kein Recht, die Polizei am Schiessen zu hindern. Aber ich sage ganz offen, dass wenn mich jemand gefragt hätte, ob ich für das Schiessen bin, ich mit nein geantwortet hätte. (Stürm. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ich stand auch vor der Frage, ob ich ein schweres Feuerwehrautomobil mit Gewalt durch die Menge vorführen lassen soll. Ich bin selbst dort gewesen und habe jene Elemente gesehen, die Unsinniges gemacht haben; hineingestreut waren viele Personen, die sich wesentlich von jenen Elementen unterscheiden haben. Wenn ich den Wagen anfahren hätte lassen, dann wären

die ersten Opfer wären Unschuldige gewesen. Ich habe sofort erkannt, das ist ganz unmöglich. In diesem Augenblick war es mir auch klar, dass an dieser Stelle nicht geschossen werden darf. Ich möchte nur vorschlagen, dass der/die das Schiessen angeordnet hat, in seiner Sterbestunde in so ruhiges Gewissen habe, wie ich, der sich dagegen gewehrt hat. (Stürm. Beifall bei den Soz. Dem.)

Es wurde auch gesagt, dass unter den Bewerbern für die Gemeindefache wir regelmässig abgestraft sind. Ich stelle fest, dass bei der Gemeinde über alle Personen, die angestellt werden, eine Note bei der Polizei einholen. Das ist auch hier geschehen. Die Akte sind sofort an die Sicherheitsbehörde zur Erhebung gegangen. Bevor ich aber eine Antwort von der Polizei bekommen habe, konnte ein Tiroler Abgeordneter die Ergebnisse dieser Ueberprüfung im Parlament mitteilen. Das ist gewiss bezeichnend für unsere Verwaltung. In dem Augenblick, als wir die Ergebnisse der polizeilichen Ueberprüfung erhielten, wurden die von der Polizei als vorbestraft bezeichneten diengültige Aufnahme sofort verwehrt. Sie wurden entlassen. Personen

Dabei muss ich allerdings feststellen, dass die Polizei alle diese Auskünfte nur mit dem Vorbehalt der Identität gibt. Das heisst praktisch, dass auch jemand von der Polizei als vorbestraft werden bezeichnet werden kann, ohne es zu sein, bloss weil eine Namensgleichheit vorliegt. Am Mittwoch nachmittag haben wir die Auskünfte von der Polizei erhalten und heute Freitag weiss jeder von der Polizei als vorbestraft Bezeichnete, dass er nicht endgültig aufgenommen ist, er ist schon entlassen. Gemeinderat Kapschak fordert auch, es sollen nur solche Personen Waffen tragen, die gesetzlich berechtigt sind. Nun, wir haben in den Tagen der Unruhe gesehen, dass eine grosse Zahl von Personen in allen Bundesländern Waffen besitzen und sich gar nicht gescheut haben, diese Waffen öffentlich auf den Strassen zu tragen und mit diesen Waffen geradezu Dienst zu machen. Wenn also die christlichsoziale Partei ein so grosses Interesse an dem Verwinden der Waffen hat, so muss sie diesen Grundsatz allgemein propagieren.

Ueber die Verfassungsmässigkeit der Gemeindefache liegt ein ausgezeichnetes Rechtsgutachten vor. Danach ist die Gemeinde berechtigt diesen Beschluss zu fassen. Sollte jemand anderer Auffassung sein, so wird er den richtigen Weg wählen, das heisst die Gerichte anrufen. Und wenn deren Entscheidung ganz wider Erwarten, zu unsren Ungunsten ausfallen sollte, dann werden wir uns an die rechtsgültige Entscheidung zu halten haben. Es braucht sich also darüber niemand aufzuregen.

Wenn Sie sagen, dass ein Bürgerkrieg vermieden werden soll, dann bekenne ich mich zu Ihnen. In einem Bürgerkrieg gebe es keinen Sieger sondern nur Besiegte. Denn wenn die einen siegen, dann werden Sie sich in kürzester Zeit davon überzeugen, dass die europäischen Machtverhältnisse nicht geeignet sind, Ihren Sieg zu einem dauernden zu gestalten. Siegen aber die anderen, so siegen sie auf einen Trümmerhaufen, denn in diesem Krieg würde alles was Wert hat zerstört werden. Das war vor allem der Grund, weshalb wir seit 1918 alles aufgebieten haben, um einen Bürgerkrieg zu verhindern, dass war auch der innere Grund, weshalb jedermann in Wien sich gehütet hat, auf die wahnsinnigen Rohheitsakte der Polizei zu reagieren. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ich kann zusammenfassend nur sagen, wer Verständnis hat für die Bedürfnisse des Schutzes unserer städtischen Einrichtungen, der wird die Verfügungen, die jetzt getroffen werden sollen, nur billigen, und wer ein tieferes politisches Verständnis für das hat, was am 15. und 16. Juli geschehen ist, der wird meine damaligen Verfügungen als notwendig erkennen, sie billigen und bekräftigen. (Stürmischer langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Kolassa (E.L.) setzt in längeren Ausführungen auseinander, dass die Aufstellung der Gemeindevache nicht verfassungsmässig sei. Die Gemeinde arronziert einen Wirkungskreis, der ihr nicht zukommt; sie greift dabei in die Kompetenz der Bundespolizei ein. Eine Aenderung des Wirkungskreis es der Bundespolizei kann nur durch ein Bundesgesetz vorgenommen werden. Der Redner beantragt schliesslich einige Streichungen.

G.R. Doppler (E.L.) beschäftigt sich mit den Ausführungen des Bürgermeisters. Bei der Gemeindevache handelt es sich um ein Organ des roten Wiens, um ein Organ der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommission, das mit dem Gelde der Wiener Steuergelder ausgestattet wird. Mit der Aufstellung der Gemeindevache hat der Bürgermeister sein öffentlich gegebenes Wort gebrochen. Es ist unglaublich, dass der Landeshauptmann von Wien nicht davor zurückschreckt, von einem verbrecherischen rohen Vorgehen der Polizei zu sprechen. Dass ist eine neue Verhetzung der Bevölkerung, die sich der Bürgermeister der Stadt Wien leistet, und deswegen hat er es verwirkt, von uns als würdiger Vertreter der Stadt angesehen zu werden. (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Geschlät (E.L.) erklärt, dass an dem blutigen Ereignissen des unglücklichen Freitag das Rathaus mitschuldig sei. Ein Schandmal bleibe es für das Wiener Rathaus, dass die Demonstration ihren Ausgang vom Rathaus genommen hat. Der Bürgermeister hat nur eine Parteigarde errichtet. Die Bundespolizei hat sich bemüht, mit Todesverachtung ihrer Pflicht nachzukommen. In einer solchen Stunde ist es eine unerhörte Rohheit, dass sich der Bürgermeister nicht entblödet hat, statt der Polizei zu danken, ihr Beleidigungen ins Gesicht zu schleudern. Und noch dazu in dem Augenblick, in dem 500 Polizisten schwer verwundet in den Spitälern liegen. Die Demonstration war ein gewollter Versuch, die bolschewistische Diktatur zu erlangen. (Beifall).

G.R. Dr. Wagner (E.L.) beschäftigt sich eingehend mit der Rede des Abgeordneten Dr. Bauer im Nationalrat. Das Rechtsgutachten des Magistratsdirektors über die Gemeindevache werde vielfach von angesehenen Juristen bekämpft. Gesetz und Verfassung werden durch die Vorlage verletzt. Der Bürgermeister habe mit Zynismus versucht, sich aus der Affäre zu ziehen. Aber er komme darüber niemals hinweg, dass die Schaffung der Gemeindevache nur für den Augenblick der Gefahr gedacht war, während sie jetzt eine dauernde Einrichtung werden soll. Auch die Kostenfrage ist sehr zu beachten. 19 Milliarden sind auch im Budget der Gemeinde Wien ein namhafter Betrag und im nächsten Jahr werden es gar 38 Milliarden sein. Aber die von der Steuerschraube Breitner gequälten Gewerbetreibenden dieser Stadt werden sich diese Vergeudung von Steuergeldern nicht länger gefallen lassen.

Der Redner bespricht dann die Abstrafungen der Mitglieder der Gemeindevache und meint, wenn eine derart grosse Partei, wie die Sozialdemokraten, nicht imstande ist, 1300 unbescholtene Parteigänger aufzubringen, dann gäbe dies viel zu denken.

Schliesslich meint Redner, dass in Oesterreich Revolutionen nicht mehr gemacht werden können; die Nichtmarxisten werden rücksichtslos jeden Versuch unterdrücken.

Um 1 Uhr früh beginnt Gemeinderat Ellend seine Rede. Er schildert die Vorfälle an dem blutigen Freitag und die Brandlegung im Justizpalast. Wer die Debatten im Gemeinderat und im Nationalrat aufmerksam verfolgt hat, weiss was er von dem traurigen Theater zu halten hat. Die Schuld an dem Blutvergiessen und an dem wirtschaftlichen Niedergang tragen Sie. Statt eine Gemeindevache zu errichten, hätte der Bürgermeister und seine Partei alle Ursache, alles vorzukehren, damit wieder Ruhe und Frieden eintrete. (Beifall bei der Minderheit)

Als Gemeinderat Preyer als nächster Redner zu sprechen beginnt, sind die Bänke der Sozialdemokraten beinahe leer. Die Mitglieder der Mehrheit halten sich in den Vorräumen des Gemeinderatssitzungssaales auf.

G.R. Preyer erklärt, dass alles, was die Sozialdemokraten bisher in Wien gemacht haben, von Parteigeist und Parteiterror diktiert war. Wenn Bürgermeister Seitz den traurigen Mut gehabt hat, die Polizei zu verdächtigen und zu beschuldigen, so ist das eine Aufstachelung der Gemüter seiner Anhänger. Der Bürgermeister hat sich erdreistet, eine Wache des roten Wien aufzustellen, obwohl er ein Gelöbnis ablegte, dass er der Bürgermeister für die ganze Bevölkerung ist. Diese Wache hat wahrscheinlich die Aufgabe die Tage der Gefahr zu verlängern. Keinen anderen Zweck kann diese Parteigarde erfüllen. Mit ihr wollen Sie Ihre Herrschaft befestigen. Das wird sich aber die Bevölkerung nicht gefallen lassen. Sie wollen aus Wien ein Moskau machen, wo der Bolschewismus herrscht. Der grosse Bürgermeister Lueger hat Wien zu einer Weltstadt gemacht, aber was Lueger geschaffen, geht durch Bürgermeister Seitz zugrunde.

Redner beantragt, dass aus der Vorlage die Worte: "Die Wache ist ein Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes" zu streichen sind.

Einige Minuten vor vier Uhr früh beginnt Gemeinderat Stöger zu sprechen. Er erklärt, dass die Wiedereingliederung von Sträflingen in die Gesellschaft wohl ein ernstes Problem sei. Hunderte von schweren Verbrechern aber in eine Wache aufzunehmen und auf die Bevölkerung loszulassen, das gehe nicht an. Die Aufstellung dieser Gemeindevache erfüllt weite Kreise der Bevölkerung mit tiefster Entrüstung. Aus dem Antrag gehe deutlich hervor, dass die Wache die Polizei ausschalten wolle. Wo überall man die Vorlage anpackt, muss man sie ablehnen. Die Minderheit lehnt die Vorlage ab und gibt der Zuversicht Ausdruck, dass die Regierung uns von dem Terror eines landfremden Klüngels befreien wird. (Beifall bei den Christlichsozialen)

G.R. Daffinger (E.L.) führt aus, dass die Gemeindevache zu einer Zeit aufgestellt wurde, als sie nicht mehr notwendig war. Diese Wache ist gewiss kein Organ, das zur Beruhigung der Bevölkerung beiträgt. Wer die Reden des Gemeinderates Kunschak und des Bürgermeisters gehört hat, wird wissen, auf welcher Seite das Recht ist. Wir lehnen diese Vorlage mit aller Entschiedenheit ab, weil wir sie für gesetzlich unzulässig halten und weil sie vollständig wertlos ist.

G.R. Haider (E.L.) sagt, dass nach der Kundmachung des Bürgermeisters die Gemeindevache nur für die Tage der Gefahr gedacht war. Nun soll aus ihr eine dauernde Einrichtung gemacht werden. Ein solcher Beschluss steht im schärfsten Gegensatz zu der Kundmachung des Bürgermeisters. Er würde ein eklatanter Wortbruch des Bürgermeisters sein.

Der Redner bespricht dann ebenfalls die Vorgänge am 15. Juli und meint, dass man jetzt den Kommunisten die Schuld zuschiebe. Das ist aber nicht so. Die Anstifter der Demonstration sollen endlich ihre Schuld eingestehen. Sie wollen aber ihre Schuld einfach ableugnen. Wer waren die Getöteten? Keine Führer sind darunter. Leider nur lauter Verführte. Dass sich jeder jüdische Führer weit vom Schuss hält, wissen wir.

Redner polemisiert nun gegen die Arbeiter-Zeitung und den Abend. Die Bevölkerung werde ununterbrochen durch die Aufsätze dieser Blätter aufgehetzt. Die Sozialdemokratie ist immer bemüht, die Bevölkerung in der entsprechenden Hetzstimmung zu erhalten. Wenn der Sozialdemokratie um den Bestand der Republik ernstlich zu tun ist, dann muss sie auch auf die Haltung ihrer Presse den entsprechenden Einfluss nehmen. Wenn es zu einem Bürgerkrieg kommen sollte, so ist durch die Schaffung der Gemeindevache ein Teil der Anlässe dazu gegeben. Wir lehnen jede Ver-

antwortung für die kommenden Ereignisse ab. (Beifall bei der Minderheit)

G. R. Körber (E. L.) wünscht zu wissen, wie es mit den Instruktionen für die Gemeindevache stehe. Man muss auch wissen, wie sich die Wache bei einem Konflikt mit der Bevölkerung verhalten werde.

Redner wendet sich dann ausführlich gegen die Bewilligung der Kosten für die Gemeindevache. Er erklärt, dass die 19 Milliarden hinausgeworfen sind, weil niemand das Bedürfnis nach einer solcher Einrichtung hat.

Es ist inzwischen nahezu sechs Uhr früh geworden und Redner beantragt Schluss der Sitzung.

Gemeinderat Weigl teilt mit, dass nach der Geschäftsordnung ein solcher Antrag unzulässig sei, worauf Gemeinderat Körber die Vertagung der Sitzung beantragt.

Der Referent Stadtrat Richter spricht sich gegen den Antrag aus, worauf Gemeinderat Zimmerl die Feststellung des Stimmenverhältnisses begehrt. Die Schriftführer stellen nun fest, dass 30 Gemeinderäte für und 43 gegen den Vertagungsantrag stimmen. Die Verhandlungen werden nun fortgesetzt und als nächster Redner beschäftigt sich Gemeinderat Prinke (E. L.) mit dem heutigen Leitartikel der Arbeiter-Zeitung über die Polizei. Die Sozialdemokraten, sagt Gemeinderat Prinke, habe es nur dem hohen demokratischen Pflichtgefühl der Minderheit zu verdanken, dass heute dieser Saal nicht zertrümmert wurde. Die Blutschuld an den Vorfällen vom 15. und 16. Juli fällt auf das Haupt der Sozialdemokraten. Jetzt will diese Partei durch die Schaffung der Gemeindevache neue Blutschuld auf sich laden. Das katholisch-deutsche Volk hat bis jetzt diesen Dingen ruhig zugesehen. In zwölfter Stunde aber ist es am Ende seiner Geduld. (Beifall bei der Minderheit).

Einige Minuten nach sechs Uhr früh beendet Gemeinderat Prinke seine Rede.

Der Vorsitzende erteilt dem Gemeinderat Hofbauer (Sozialdemokrat) zur Geschäftsordnung das Wort. Kaum hat sich Gemeinderat erhoben, als die Christlichsozialen mit heftigen Lärm einsetzen. Man hört laute Pfeifrufe. Die Gemeinderäte Untermüller und Preyer machen durch schrilles Pfeifen jedes Verständigen unmöglich. Im tosenden Lärm der Minderheit - die Sozialdemokraten bleiben vollkommen ruhig auf ihren Plätzen - beantragt Gemeinderat Hofbauer Schluss der Debatte und Wahl von Generalrednern. Der Lärm hält ungeschwächt an. Die Stenographen begeben sich zu dem Vorsitzenden, der die Abstimmung leitet. Für Schluss der Debatte stimmen die Sozialdemokraten. Der Vorsitzende sagt nun zu dem neben ihm befindlichen Schriftführer Hölzle (E. L.), dass die Wahl von Generalrednern beschlossen sei und ersucht um Namhaftmachung des Generalredners der Minderheit. Er stellt

fest, dass noch fünfzehn Redner der Einheitsliste vorgemerkt sind und zwar die Gemeinderäte Rummelhardt, Schelz, Erban, Binder, Merbaul, Hölzle, Schinner, Zimmerl, Marie Schlössinger, Biber, Lehniger, Untermüller, Panosch, Dr. Alma Motzko und Hoppeler.

Bei der Minderheit, die noch immer einen furchtbaren Lärm macht, indem die meisten Gemeinderäte mit Taschen und Büchern auf die Bänke

schlagen, einige Gemeinderäte mitgebrachten Pfeifern schrille Töne entlocken und ununterbrochen der Mehrheit unverständliche Zurufe machen, sieht man plötzlich, wie Gemeinderat Rummelhardt ein Zeichen mit der Hand gibt. Langsam tritt nun Ruhe ein und Gemeinderat Rummelhardt sagt: Die Szenen, die Ihr terroristisches Vorgehen gegen uns ausgelöst hat, erkläre ich für ein ganz gewöhnliches Wursteltheater, bei dem wir nicht mittun. Wir werden uns an der Abstimmung nicht beteiligen und den Saal verlassen.

Die Mitglieder der Minderheit verlassen nun unter heftigen Rufen: Theater! Schandelden Saal. Nur die Gemeinderäte Hölzle und Zimmerl bleiben nahe beim Saalausgang stehen.

Stadtrat Richter hält nun das Schlusswort. Er weist die Behauptung zurück, dass die Gemeindevache ein Instrument einer Partei sei. Die neue Wache hat ihren bestimmten Wirkungskreis. Sie hat bereits bewiesen, dass sie berufen und befähigt ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Im Rathaus sind keine Gewehre, alle diese Behauptungen gehören in das Reich der Fabel. Die Ausrüstung der Gemeindevache ist heute noch nicht vollendet. Unwahr ist auch, dass Major Bernatz nicht mehr zur Verfügung steht; auch die Erzählungen von einer Meuterei sind nichts als Märchen. Die Leute, die sich am ersten Tage zur Gemeindevache gemeldet haben, sind zum Teil arbeitslos, zum Teil haben sie sich, trotzdem sie in Arbeit stehen, sofort zur Verfügung gestellt. Davon sind aber viele wieder zu ihrem Beruf zurückgekehrt.

Wenn der Gemeinderat jemals mit ruhigem Gewissen einer Vorlage zustimmen konnte, so ist es die Vorlage über die Schaffung einer Gemeindevache (Stürmischer Beifall)

G. R. Dr. Danneberg: Ueber die Beschimpfung können wir mit Verachtung zur Tagesordnung übergehen!

Vorsitzender Weigl stellt nun fest, dass eine genügende Zahl von Gemeinderäten im Saal anwesend ist und schreitet zur Abstimmung.

Es werden die Abänderungsanträge der Gemeinderäte Preyer und Kolassa abgelehnt und die Vorlage unverändert angenommen.

Um 6.30 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Sie dauerte von 4 Uhr nachmittags angefangen, also dreizehneinhalb Stunden.

Um 6.30 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Da sie um 5 Uhr

Um 6.30 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Sie wurde um 4 Uhr nachmittags eröffnet, dauerte also vierzehneinhalb Stunden. Vorsitzender Gemeinderat Weigl teilt noch mit, dass die nächste Sitzung am Dienstag, den 2. August stattfindet.